

Mali - ein Monat vor den Präsidentschaftswahlen

In Mali sind für den 29. April Präsidentschaftswahlen und ein Verfassungsreferendum anberaumt. Ein Monat vorher sieht sich das Land einem bewaffneten Konflikt zwischen Tuareg-Rebellen und der Armee im Norden sowie einer schweren Nahrungskrise gegenüber. Falls die Wahlen zum geplanten Zeitpunkt stattfinden, wird die Bevölkerung der nördlichen Gebiete mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht an ihnen teilnehmen können. Der scheidende Präsident Amadou Toumani Touré tritt nicht zur Wiederwahl an, und ein Machtwechsel ist daher gewiss. Es gibt eine Vielzahl von Kandidaten, doch aufgrund einer ausgeprägten Konsenspolitik weisen ihre politischen Programme kaum Unterschiede auf. Was steht bei diesen Wahlen auf dem Spiel, und welche Szenarien sind nach dem Wahlgang denkbar?

Aktuelle politische Situation

Der Konflikt mit den Tuareg hat sich in den letzten Monaten verschärft. Dabei handelt es sich um einen Konflikt zwischen den Tuareg-Rebellen, die für einen autonomen Staat im Norden Malis kämpfen und der malischen Regierung. Die bewaffneten Kämpfe haben eine wahre Flut an Flüchtlingen und Vertriebenen nach sich gezogen: vom Norden in das Zentrum und in den Süden, vom Nordosten in den Niger und nach Burkina Faso und vom Nordwesten nach Mauretanien. OCHA zufolge, dem Büro der Vereinten Na-

tionen zur Koordinierung der humanitären Hilfe, beläuft sich ihre Zahl mittlerweile auf rund 195.000 Personen. Gleichzeitig nimmt die Nahrungskrise immer größere Ausmaße an. Die Krise, die in erster Linie auf die geringen Regenfälle zurückzuführen ist, hat zur Vernichtung des halben Viehbestands und Unterernährung der Kinder in den betroffenen Zonen geführt.

All diese Krisen spitzen sich zu einem Zeitpunkt zu, wo sich Mali auf die Präsidentschaftswahlen, ein Verfassungsreferendum und Parlamentswahlen in den Monaten April, Mai und Juli 2012 vorbereitet. All dies lässt eine eher unruhige politische Situation erahnen, einerseits aufgrund der anstehenden Herausforderungen, andererseits aber auch, weil die Verfassung weder eine Übergangsperiode noch eine Wahlverschiebung und noch viel weniger eine Interimslösung in dieser Situation vorsieht.

Wahltermine 2012

29. April	1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen
29. April	Referendum
13. Mai	2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen
1. Juli	1. Wahlgang der Parlamentswahlen
22. Juli	2. Wahlgang der Parlamentswahlen

Seit seiner Wiederwahl im Jahr 2007 hatte Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) eine Reihe von Reformen verschiedener Verfassungsbestimmungen, die seit 2010 eingeführt werden sollten, angekündigt. Letztendlich führen diese Reformen nun zu

einem Referendum, da sie eine große Anzahl an Verfassungsbestimmungen berühren, unter anderem die Abschaffung einiger Institutionen und die Gründung anderer.

Eines ist gewiss: der scheidende Präsident tritt nicht zu den nächsten Wahlen an. Dennoch muss es ihm gelingen, vor seinem Rückzug am 8. Juni 2012 glaubwürdige Präsidentschaftswahlen zu organisieren. Die folgenden Fragen drängen sich auf: Wie ermöglicht man der vertriebenen Bevölkerung des Nordens und den Flüchtlingen die Teilnahme an den Wahlen? Und wie werden die politischen Akteure ihre Wahlkampagnen in den unsicheren Zonen oder in den Flüchtlingsgebieten führen?

Die politischen Autoritäten und die für die Wahlorganisation zuständigen Organe scheinen alles daran zu setzen, ihr Ziel zu erreichen. So wird selbst der Präsident nicht müde, bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit zu betonen, dass die Wahlen an den vorgesehenen Terminen stattfinden werden und es zu keiner Mandatsverlängerung oder Übergangsperiode kommen wird.

Die Wahlen für Vertriebene und Flüchtlinge

Die für die Erfassung, Identifizierung und Bestimmung der Wahlbüros zuständige Generaldelegation für die Wahlen (DGE) hat die Möglichkeit bestätigt, in den Flüchtlings- und Vertriebenengebieten Wahlen durchzuführen. Voraussetzung dafür ist eine im Vorfeld durchgeführten Zählung der Flüchtlinge und Vertriebenen und ein Abgleich der Daten aller Wähler. Das Ministerium für Gebietsregierungen, das für die Durchführung der Wahlen zuständig ist, und die unabhängige nationale Wahlkommission (zuständig für das Monitoring und die Überwachung der Wahlen), sind bereits dabei, die notwendigen Materialien in die nicht von der Krise berührten Gebiete zu bringen und die nötigen Schulungen dort durchzuführen.

Offiziell beginnt die Wahlkampagne am 8. April. In Wirklichkeit sind die Kandidaten und politischen Verbände aber bereits seit Dezember 2011 im Rahmen der sogenannten "Vorkampagne" unterwegs. Die Wochenenden bieten normalerweise Gelegenheit, durch die Teilnahme an Parteimeetings, Unterstützungstreffen von Jugendlichen und Frauen, diversen Unterstützungsklubs, die Ankündigung von Wahlallianzen, der Teilnahme an Zeremonien und Treffen mit verschiedenen sozioökonomischen Gruppierungen sowie Höflichkeitsbesuchen bei traditionellen Führern und Autoritäten in Kontakt mit den Wählern zu treten.

Doch selbst wenn die Regierung und ihre Partner eine Lösung für die Krise finden und die Wahlen zum geplanten Termin stattfinden, ist gewiss, dass nicht die gesamte Bevölkerung des Nordens von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können wird.

Die Regierung hat eine Dringlichkeitsstrategie verabschiedet, um die Rückkehr der Flüchtlinge vorzubereiten und den Vertriebenen mit Hilfe der Gouverneure und Verantwortlichen der betroffenen Gebiete und mit Unterstützung des Ministeriums für soziale Entwicklung, Solidarität und ältere Menschen Hilfe zu leisten. Die Verabschiedung dieser Strategie wurde am 7. März 2012 vom Ministerrat bekannt gegeben.

Für die Umsetzung dieser Strategie hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Dazu gehört unter anderem die Gründung einer interministeriellen Kommission für die Vertriebenen und Flüchtlinge, die Umsetzung militärischer, sicherheitspolitischer, administrativer, sozialer und diplomatischer Maßnahmen und die Entwicklung eines Zeitplans für dieselben. Des Weiteren handelt es sich um die Vorbereitung der freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge und die Verhandlung von Rückführungsabkommen mit ihren Aufnahmeländern und humanitären Organisationen.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge befinden sich in einer sehr ungewissen Situation. Schon vor Beginn der Krise hatten Mali und einige andere Länder der Sahelzone die internationale Gemeinschaft um Nahrungsmittelhilfe gebeten, worauf es erste positive Reaktionen gab, unter anderem die der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die 12,5 Millionen Euro (ungefähr 8,2 Milliarden FCFA) bereit gestellt hat, um der unter den Folgen der Dürre leidenden Bevölkerung Beistand zu leisten. Auch einige weitere europäische Länder sowie internationale Organisationen wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) sind heute präsent. Bislang wurden keine größeren Schwierigkeiten bei der Versorgung der Camps gemeldet.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Mali einer ähnlich gearteten Krise gegenüber sieht. Auch 1992, nach der Revolution von 1991, war Mali mit einer schweren Nahrungs- und Wirtschaftskrise konfrontiert, und es dauerte eine Übergangszeit von 18 Monaten, bis 1992 die Friedensabkommen von Tamraset mit den Rebellen unterzeichnet wurden, die eine Dezentralisierung anstelle eines Autonomiestatus für den Norden vorsahen.

Wenn heute auch alle Bedingungen für die Abhaltung der nächsten Wahlen erfüllt scheinen, gibt es doch immer mehr Skepsis bezüglich der Abhaltung der Präsidentschaftswahlen und des Referendums in diesem April. Immer mehr Stimmen verlangen eine Verschiebung der Wahlen aufgrund der herrschenden Unsicherheit. Unter ihnen befinden sich auch die Führer einiger politischer Gruppierungen. Dies veranlasst die politischen Parteien, insbesondere die am wenigstens vorbereiteten, sich noch weniger als bisher in den Wahlkampf einzubringen.

Politische Parteien und Kandidaten

Die politische Landschaft ist von der Konsenspolitik unter ATT gekennzeichnet, welche die Entwicklung eines pluralistischen Mehrparteiensystems gebremst hat. Von den 120 registrierten Parteien sind 15 im Parlament vertreten. Zu den bevorstehenden Wahlen tritt eine Vielzahl von Kandidaten an, doch aufgrund dieser Konsenspolitik sind die Unterschiede in ihren politischen Programmen verschwindend gering.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen erscheint zum heutigen Zeitpunkt völlig offen. Der scheidende Präsident beendet sein Mandat, und die Situation ähnelt der von 2002, wo 24 Kandidaten im Wettstreit standen. Die meisten deklarierten Kandidaten haben bereits ihre Kandidatur beim Verfassungsgerichtshof deponiert, dem es als einzigem zusteht, ihre Gültigkeit zu überprüfen und zu validieren. Jetzt ist auch die Zeit, um die zahlreichen politischen Parteien, die keine eigenen Kandidaten aufgestellt haben, als Verbündete zu gewinnen. Diese Gruppierungen befinden sich heute im Zentrum der Begehrlichkeiten. Es gibt verschiedene Kategorien in diesem Spiel:

Die großen Gruppierungen:

ADEMA PASJ (Alliance pour la Démocratie au Mali - Parti Africain pour la Solidarité et la Justice / Allianz für die Demokratie in Mali - Afrikanische Partei für Solidarität und Gerechtigkeit): Die Partei ist 1991 aus der demokratischen Bewegung hervorgegangen, einem Koordinationskomitee für Vereine und demokratische Organisationen. Heute stellt sie die erste politische Kraft des Landes dar, verfügt über die meisten Volksvertreter und die besten Strukturen, sowohl im gesamten Staatsgebiet als auch im Ausland. Die ADEMA ist am besten platziert, um die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu gewinnen. Dafür verfügt sie über ganz wesentliche Trümpfe. So sind die Parteistruk-

turen im gesamten Staatsgebiet bis in die kleinsten Dörfer und Militärcamps vertreten. Ihre Mitglieder finden sich in leitenden Positionen in der öffentlichen Verwaltung und verschiedenen Institutionen wieder, und die Partei hat zahlreiche Abgeordnete und gewählte Räte in ihren Reihen. Als einzige Partei des Landes ist sie nicht nur durch die Persönlichkeit ihres Leaders, sondern überwiegend durch ihre ideologische Ausrichtung gekennzeichnet. Die Partei ist Mitglied der Sozialistischen Internationalen.

Gleichzeitig ist sie die einzige Partei, die ihren Kandidaten mittels Vorwahlen ermittelt hat, bei denen acht Kandidaten zur Wahl standen. Die Wahl der Partei fiel schließlich im Konsens auf Dioncounda Traoré, den Partei- und Parlamentspräsidenten. Der Siebzigjährige tritt zum ersten Mal zu einer Wahl um das Präsidentenamt an. Es ist ihm gelungen, an die zwanzig politischen Parteien, die in der ARP (Alliance pour la République et le Progrès / Allianz für die Republik und den Fortschritt) vereinigt sind, um seine Partei zu scharen und er wurde von der UDD (Union pour la Démocratie et le Développement / Bund für Demokratie und Fortschritt) als Kandidat ernannt.

URD (Union pour la République et la Démocratie / Bund für die Republik und die Demokratie): Sie ist die zweitstärkste politische Kraft des Landes und ist aus einer Spaltung mit der ADEMA rund um die Präsidentschaftswahlen 2002 hervorgegangen, als sich die Mehrheit der Parteigranden weigerten, den Parteikandidaten zum Nachteil des in bewegten Vorwahlen designierten Kandidaten zu unterstützen. Soumaila Cissé, der damalige offizielle Kandidat der Partei, entschloss sich, gemeinsam mit einer Gruppe von Parteifreunden die URD zu gründen, deren unentbehrliche zentrale Persönlichkeit er darstellt. Der ehemalige Kommissionspräsident der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) wurde von seiner Partei als Kandi-

dat aufgestellt. Er tritt nach 2002, als er in die Stichwahl mit Amadou Toumani Touré gelangt war, bereits zum zweiten Mal zur Wahl um das Präsidentenamt an. Die Zahl seiner politischen Verbündeten (von geringer politischer Bedeutung) ist nicht wirklich bekannt. Auch die politische Orientierung der Partei ist nicht klar definiert, doch manche ihrer wichtigsten Aktivisten erklären sich als sozialliberal.

RPM (Rassemblement pour le Mali / Zusammenschluss für Mali): Die drittstärkste politische Kraft des Landes wird von der Persönlichkeit ihres Führers Ibrahim Bouba-car Keita (IBK) geprägt. Er wird allgemein als gerechter Mann angesehen, der aufgrund seiner Persönlichkeit und der Zuverlässigkeit seiner Arbeit am besten geeignet sei, das Land zu führen. So tritt selbstverständlich IBK als Kandidat für den RPM an. Der ehemalige Präsident der ADEMA und ehemalige Parlamentspräsident gründete die Partei 2001. Er trat bereits 2002 zu den Präsidentschaftswahlen an und ging aus ihnen als Drittplatzierter hervor. Dieses Jahr wird er zum zweiten Mal antreten. Er soll von rund einem Dutzend politischer Parteien unterstützt werden. IBK wurde während seiner Amtszeit als Präsident der ADEMA zum Präsidenten der Sozialistischen Internationalen gewählt, und seine Partei ist Mitglied dieser Organisation.

CNID – Faso Yiriwa Ton (Congrès National d'Initiative Démocratique / Nationalkongress der demokratischen Initiative): Diese Partei ist, so wie die ADEMA, aus der demokratischen Bewegung hervorgegangen, konnte sich aber im Gegensatz zur ersteren nicht so gut in der politischen Landschaft behaupten. Sie hat ihren Präsidenten Mountaga Tall als Kandidaten aufgestellt, der nach 1992 und 2002 bereits zum dritten Mal um das höchste Amt im Staat antritt. Aufseiten des CNID werden zurzeit keine Wahlallianzen verlautbart, und im Gegensatz zu 2002 wurden bislang auch keine politischen

Plattformen mit anderen großen politischen Gruppierungen gebildet. Der CNID ist Mitglied des UPADD (Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement / Bund afrikanischer Parteien für Demokratie und Entwicklung), einem Parteienbündnis, das eine Partnerschaft mit der Europäischen Volkspartei, der Gruppe der Christdemokraten, eingegangen ist.

Die kleinen Gruppierungen

Die kleinen Gruppierungen sind stark durch die Persönlichkeiten ihrer politischen Führer geprägt: Oumar Mariko von der SADI (Solidarité Africaine pour la Démocratie et l'Indépendance / Afrikanische Solidarität für Demokratie und Unabhängigkeit), Tiébilé Drame von der PARENA (Parti pour la Renaissance Nationale / Partei der nationalen Wiedergeburt), Housseini Guindo, der Präsident der CODEM (Convergence pour le développement du Mali / Konvergenz für die Entwicklung Malis) im Namen der Vereinigten Parteien für die Republik (PUR / Partis unis pour la République), Cheick Modibo Diarra, ein ehemaliger Astrophysiker der NASA und Präsident von Microsoft Afrika, Moussa Mara der Partei Yèlèma (Veränderung) oder Zoumana Sacko, der ehemalige Premierminister, der von der politischen Bewegung CNAS (Convention Nationale de Soutien / Nationales Unterstützungskonvent) nominiert wurde.

Andere Kandidaten sind der Öffentlichkeit weniger gut bekannt, wie etwa Cheick Bougady Traoré, ein Sohn des ehemaligen Präsidenten Moussa Traoré von CARE (Convergence africaine pour le renouveau / afrikanische Konvergenz für die Erneuerung), Madani Tall von der ADM (parti Avenir et Développement du Mali / die Partei Zukunft und Entwicklung Malis), Siaka Diarra von der UFD (Union des forces Démocratiques / Union der demokratischen Kräfte) oder der Bürgermeister von Ouéléssébougou, Nian-

koro Yéah Samaké, der aus der URD ausgetreten ist.

Diese kleinen Gruppierungen werden das Trio an der Spitze nicht bedrängen können, hingegen könnten sie das Zünglein an der Waage im Spiel um den dritten und vierten Platz in Hinblick auf Wahlallianzen für den zweiten Wahlgang sein.

Unabhängige Kandidaten

In der Kategorie der unabhängigen Kandidaten findet die Kandidatur des ehemaligen Premierministers Modibo Sidibé die größte Beachtung, welcher von diversen Unterstützungsclubs und rund zehn politischen Gruppierungen, von denen nur eine einzige über einen Parlamentssitz verfügt, unterstützt wird. Zwei Parteifunktionäre aus den Reihen der PDES (parti pour le développement économique et social / Partei für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung) treten ebenfalls als Unabhängige an, nachdem ihre Partei beschlossen hatte, keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Es handelt sich um Jeamille Bittar, den ersten Vizepräsidenten und Ahmed Sow, den Ehrenpräsidenten.

Es ist noch ungewiss, ob alle Kandidaten die notwendigen Unterstützungserklärungen, die vom neuen Wahlgesetz vorgesehen sind, aufweisen können. Demzufolge muss jeder Präsidentschaftskandidat von zehn Abgeordneten auf nationaler Ebene oder fünf Gemeinderäten aus jeder der acht Regionen unterstützt werden und zudem die Summe von zehn Millionen Francs CFA (umgerechnet 15.000 EUR) als Kautionshinlage hinterlegen können.

Szenarien nach den Wahlen

Szenario 1 : Wahlsieg einer der drei großen Gruppierungen

Das wahrscheinlichste Szenario für den Ausgang der malischen Präsidentschafts-

wahlen ist, dass einer der Kandidaten aus den größten und gewichtigsten politischen Lagern zum Präsidenten gewählt wird, was diesem zugleich die Gelegenheit bieten würde, seine Parteibasis für die bevorstehenden Parlamentswahlen durch neue Beitritte, Zusammenschlüsse und Allianzen zu stärken.

Es sieht nach einem engen Wettstreit für die drei großen Parteien mit einem leichten Vorteil für die ADEMA aus. Die ADEMA stützt sich auf ihre Parteistrukturen, die URD auf die Finanzkraft ihres Parteivorsitzenden und der RPM auf die Persönlichkeit ihres Präsidenten.

Szenario 2: Sieg eines Unabhängigen

Der Sieg eines Unabhängigen stellt ein weniger wahrscheinliches Szenario dar. Der aussichtsreichste Kandidat ist der ehemalige Premierminister Modibo Sidibé, der sich (wie auch ATT) nicht innerhalb einer politischen Partei engagiert, sondern in erster Linie auf den Beistand seiner Unterstützungsclubs und politischen Parteien zählen kann, deren einzige Parlamentsabgeordnete im Übrigen aus Protest gegen den Unterstützungsbeschluss der Parteiführung sowie ihren Austritt aus der Partei erklärt hat. Im Fall seiner Wahl wird er sich mit den politischen Parteien arrangieren müssen. Bislang hat er von keiner der wesentlichen politischen Parteien Rückendeckung erhalten. Um weiterzukommen, bräuchte er gleichzeitig die Unterstützung des scheidenden Präsidenten ATT wie auch des ehemaligen Präsidenten Alpha Oumar Konaré. Doch bis zum Beweis des Gegenteils haben beide keinerlei Empfehlung abgegeben. Zudem würde ihre Unterstützung Spannungen innerhalb der politischen Gruppierungen hervorrufen.

Szenario 3 : Annullierung der Wahlergebnisse

Dies ist ein sehr unwahrscheinliches Szenario. Im Fall, dass ein großer Bevölkerungsanteil nicht an den Wahlen teilnimmt, könnte der Verfassungsgerichtshof um eine Annullierung der Wahlergebnisse angerufen werden. Allerdings gibt es für diesen Fall eine Jurisprudenz. 2002 wurden ein Viertel der abgegebenen Stimmen vom Verfassungsgerichtshof für ungültig erklärt, und dennoch wurden die Wahlergebnisse nicht annulliert.

Nichtsdestotrotz ist denkbar, dass die Ergebnisse der Parlamentswahl in dem nördlichen Wahlbezirk mit den vielen Vertriebenen annulliert werden. Dort könnten Teilwahlen (die im Fall, dass die Wahlen nur einen oder wenige Wahlbezirke oder den Ersatz von einem oder mehreren verstorbenen Abgeordneten betreffen, abgehalten werden dürfen) nach Wiederherstellung des Friedens organisiert werden.

Das Verfassungsreferendum

Das Referendum wird über ein Bündel an geplanten Verfassungsreformen entschieden. Zum heutigen Zeitpunkt erscheint ein Ja als mehr als wahrscheinlich. Unter anderem sind vorgesehen: die Abschaffung des Hohen Rats der Gebietskörperschaften und gewisser Regulierungsorgane wie dem Nationalkomitee für den gleichberechtigten Zugang zu den Staatsmedien, die Neugründung des Obersten Gerichtshofs und die Neuformulierung der Verfassungspräambel, die sich in Zukunft auf die Charta von Kurukan Fuga (Erklärung aus der Epoche des Reichs von Mali) beziehen wird. Dazu kommen die Einführung der positiven Diskriminierung zugunsten von Frauen, die Einsetzung des Rechnungshofs als republikanischer Institution, die Zulassungsbedingungen zum Präsidentenamt (Staatsangehörigkeit zufolge Herkunft, Ausschluss einer weiteren Staatsangehörigkeit, Altersbeschränkung auf 75 Jahre) und die Schaffung des Senats als zweiter Parlamentskammer. Der Präsident wird in Zukunft den Präsi-

ten des Verfassungsgerichtshofes direkt ernennen, während er heute von seinen Fachkollegen gewählt wird. Dazu kommt ein Zentralorgan für die Durchführung der Wahlen.

Diese Reformen entsprechen der Konsenspolitik Malis. Bislang verletzen die Konsenspraktiken die Verfassungsbestimmungen in zahlreichen Punkten, insbesondere im Bereich des Parteigängersystems. Oft fühlten sich Regierungsmitglieder eher dem Präsidenten der Republik zur Rechenschaft verpflichtet als ihrer Ursprungspartei oder dem Parlament.

Die meisten Analysten sind sich heute einig, dass die Verabschiedung der neuen Verfassung eine Stärkung der Macht des Präsidenten und insbesondere der Exekutive bedeuten würde. Die heute gültige Verfassung sanktioniert ein halbpräsidiales System, während die neue Verfassung einen Rutsch in ein starkes Präsidialregime bedeuten würde.

Perspektiven und Herausforderungen nach den Wahlen

Zahlreiche Herausforderungen erwarten die neu gewählten Volksvertreter (Präsident und Abgeordnete) nach den bevorstehenden Wahlen. Zum einen geht es um die Wahrung der öffentlichen Sicherheit im Norden des Landes und das Krisenmanagement für den aktuellen Tuareg-Konflikt. Zum anderen sieht sich Mali, so wie auch andere westafrikanische Länder und Algerien, der Terrorgefahr durch islamistische Gruppen wie der Organisation al-Qaida des Islamischen Maghreb, der Bewegung Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) und nach noch nicht bestätigten Meldungen von Boko Haram ausgesetzt. Es heißt, Boko Haram sei zur Unterstützung des maghrebinischen Arms der al-Qaida und des Tuareg-Rebellenchefs Iyad Ag Ghaly, der für einen Gottesstaat im Norden Malis eintritt, in der

Region vertreten und würde Trainingscamps in der malischen Wüste unterhalten. Die Lösung dieser Fragen erfordert dringend eine regionale Abstimmung und die Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen der Länder der Region.

Bislang war Mali nicht bereit, genug Finanzmittel für die Lösung der Krise im Norden bereitzustellen, obwohl diese keinesfalls zu unterschätzen ist und zu eskalieren droht. Der Konflikt wird sich definitiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken, um die es in den kommenden Monaten ohnehin nicht zum Besten bestellt sein wird. Glücklicherweise fiel die Baumwollernte dieses Jahr außergewöhnlich gut aus, sodass durch die aktuellen Kurse auf dem internationalen Markt mit einem deutlichen Mehrwert für die malische Volkswirtschaft zu rechnen ist.

Die Nahrungskrise muss an ihren Wurzeln bekämpft werden. Durch den Klimawandel werden die Niederschlagsmengen in den kommenden Jahren konstant gering bleiben und alternative Ernährungsprogramme müssen entwickelt werden. Doch ohne die Tuareg-Krise und das Fehlen einer wirksamen Strategie zu ihrer Bewältigung hätte die Hungersnot nicht diese Ausmaße annehmen können. Wichtig ist daher die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Friedens, um die Umsetzung bereits initiiert Programme, wie z.B. jenes der Europäischen Union, zu ermöglichen.

Dazu kommt, dass die Universität seit nunmehr vier Jahren aufgrund der vorzeitigen Einstellung des Lehrbetriebs, verspäteter Studienjahresanfänge, zwei oder drei Jahrgängen an Abiturienten in Wartestellung, die ihr erstes Studienjahr beginnen oder abschließen möchten, kaum mehr funktioniert. Die Justizreform, der Kampf gegen die Korruption, die Jugendbeschäftigung, all diese Baustellen fanden unter ATT keinen Abschluss.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

BERTHE YACOUBA

ANDREA KOLB

(AUS DEM FRANZÖSISCHEN)

19. März 2012

www.kas.de/senegal

Worum es letztendlich gehen wird, ist die Entwicklung eines pluralistischen Mehrparteiensystems und die Stärkung der Rolle des Parlaments. Das Parlament muss seine Kontrollfunktion erfüllen und die Regierungsmitglieder ihrer politischen Partei und deren Programm treu bleiben.

Um das Mehrparteiensystem in Mali zu stärken bedarf es zunächst einem Bewusstseinswandel: Es ist nicht ungut, unterschiedliche politische Vorstellungen zu haben! Danach wird es darum gehen, Strategien und politische Programme der verschiedenen politischen Parteien zu entwickeln. Dies ist die Basis eines funktionierenden pluralistischen Systems.